

Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **43 (1963-1964)**

Heft 12

PDF erstellt am: **16.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

RUNDSCHAU

SCHATTEN ÜBER AFRIKA

Die forcierte Politik der Dekolonisierung hat in Afrika in den vergangenen Wochen eine schwere Krise zu überstehen gehabt. Betroffen wurde vor allem das als stabil geltende *Ostafrika*, wo innerhalb weniger Tage der Funke der Revolte von einem Land zum andern übersprang und den neuen Herren schließlich nichts anderes übrig blieb, als schleunigst die ehemalige Kolonialmacht zu Hilfe zu rufen, um die gefährdete Stabilität zu retten.

Sansibar

Ausgangspunkt der ostafrikanischen Unruhen war die vor der Küste Tanganjikas liegende Gewürznelkeninsel *Sansibar*, die erst im Dezember 1963 ihre Unabhängigkeit erlangt hatte. Die Erhebung richtete sich gegen die arabische Herrschaft. Innert weniger Stunden wurde ein Regime, das auf eine mehrhundertjährige Tradition zurückblicken konnte, hinweggefegt. An seine Stelle trat eine republikanische Herrschaft, deren führender Repräsentant ein sich «Feldmarschall» nennender früherer Unteroffizier namens John Okello ist, dessen Bindungen an den Kommunismus unbestritten sind, wobei es lediglich nicht ganz klar ist, ob es sich um einen Kommunismus Moskauer oder Pekinger Observanz oder um eine Anlehnung an die auf Kuba praktizierte Form des Totalitarismus handelt.

Tanganjika, Uganda und Kenya

Auf dem ostafrikanischen Festland begannen die Unruhen innerhalb der einheimischen bewaffneten Streitkräfte. In den Armeen der jungen Staaten besaß Großbritannien noch immer eine starke Stellung, da die Schlüsselpositionen mit britischen Offizieren besetzt blieben. Gegen dieses Übergewicht der frü-

heren Herren — das eine Beschränkung der Aufstiegsmöglichkeiten für Afrikaner zur Folge hatte — wandte sich zunächst der in der tanganjikanischen Hauptstadt Dar es Salaam ausbrechende Putsch. Die britischen Offiziere wurden in Flugzeuge gesetzt und außer Landes transportiert.

Wenige Tage nach der Meuterei in Dar es Salaam kam es in Uganda zu ähnlichen Zwischenfällen und kurz darauf auch in Kenya. Das ganze labile Gefüge der ostafrikanischen Staatenwelt drohte einzustürzen.

Der Appell an Großbritannien

In diesem Augenblick höchster Spannung erging von den drei in ihrer Existenz bedrohten Regierungen Ugandas, Tanganjikas und Kenyas ein Hilferuf an Großbritannien. Die eben aus Ostafrika hinausgedrängte Kolonialmacht sollte Truppen entsenden, um die rebellierenden einheimischen Soldaten zu entwaffnen und die Ordnung wieder herzustellen. Die Aktion begann am 24. Januar. Von dem vor der ostafrikanischen Küste liegenden Flugzeugträger «Centaur» aus wurden britische Einheiten nach den Brennpunkten der Revolten geflogen. Die Meuterer wurden zum Teil im Schlaf überrascht und ergaben sich widerstandslos. In kürzester Frist und ohne Blutvergießen waren die drei Länder befriedet und die afrikanischen Herrscher vor dem drohenden Zusammenbruch ihrer Macht gerettet. Überraschend war der zahlenmäßig geringe Umfang dieser Expeditionsstreitkräfte — insgesamt genügten ein paar hundert Mann, um die Meutereien in drei Staaten zu ersticken, deren Oberfläche dreimal so groß ist wie Frankreich und die zusammen über 25 Millionen Einwohner zählen.

Der rasche Erfolg der britischen Truppen darf jedoch nicht zu der Annahme verleiten,

in Afrika seien die Zeiten der *Kanonendiplomatie* zurückgekehrt. Großbritannien hat keinen Zweifel daran gelassen, daß es sein neues Engagement in Ostafrika als zeitlich begrenztes Unternehmen ansieht, und auf der Mitte Februar in Dar es Salaam zusammengetretenen afrikanischen Konferenz wurden bereits Mittel und Wege erörtert, um zu einer Normalisierung der Lage, das heißt zu einer Ablösung der britischen durch einheimische Einheiten zu gelangen. Großbritanniens neue Präsenz in Ostafrika wird nur eine vorübergehende sein.

Ungewisse Zukunft

Die Revolten in Tanganjika, Uganda und Kenya markieren, trotz ihrer Unterdrückung durch die einstige Kolonialmacht, nicht eine Wende im Sinne einer Rückkehr zu früheren Zuständen. Ihre größte Bedeutung liegt wohl darin, daß sie mit unmißverständlicher Deutlichkeit gezeigt haben, wie wenig innerlich gefestigt diese jungen Staaten noch sind. Am überraschendsten und bedenklichsten zugleich war die Entwicklung in Tanganjika, das als Hort der Stabilität und dessen Präsident *Nyerere* als starker Mann galt. In den entscheidenden Augenblicken der Revolte zog *Nyerere* es jedoch vor, sich unsichtbar zu machen und seinen Außen- und Verteidigungsminister *Kambona* die führende Rolle spielen zu lassen. Es ist nicht das erste Mal, daß *Nyerere* eine solche Taktik im politischen Kampf befolgt. Für die Zukunft Tanganjikas müssen solche Manipulationen die schwersten Befürchtungen erwecken. Auch hier drängt sich die Frage auf — die für ganz Afrika aktuell ist —, ob die Männer der ersten Stunde auch fähig sein werden, auf lange Sicht hinaus die Entwicklung ihrer Länder in ruhige und geordnete Bahnen zu lenken. Und wenn es ihnen nicht gelingt, welche Nachfolger stehen bereit? Sind es Abenteurer, die die jungen Staaten auf gefährliche, chaotische Wege führen werden?

Stammeskämpfe in Rwanda

Wie dünn die Schicht staatlicher Autorität in manchen Ländern Afrikas gegenwärtig

noch ist, zeigte sich in den letzten Wochen vor allem in *Rwanda*. Diese kleine, dichtbesiedelte Republik, die vor bald zwei Jahren aus der belgischen Treuhandschaft entlassen wurde, war tagelang Schauplatz wilder, blutiger Stammeskämpfe, die mit Erbitterung geführt wurden und den Charakter eines eigentlichen *Ausrottungskrieges* annahmen. Der Verlauf der Ereignisse ist im einzelnen noch zu wenig geklärt; unwidersprochen aber ist, daß es zwischen den herrschenden *Babutu* und der früher regierenden Schicht der *Watussi* zu schweren Auseinandersetzungen kam und Tausende von *Watussi* abgeschlachtet wurden.

Das Bild eines sich quer durch den ganzen schwarzen Erdteil ziehenden chaotischen Dahintreibens wird ergänzt durch das Unwesen, das im ehemals belgischen *Kongo* Anhänger des ermordeten *Lumumba* treiben, bei denen die Trennlinie zwischen Terrorismus und Kriminalität nur schwer zu ziehen ist, wie auch durch die Kämpfe, die plötzlich längs der äthiopisch-somalischen Grenze aufflammten. Ein ganzer Erdteil schien von einer Unrast ergriffen, die für die Zukunft düstere Perspektiven eröffnete.

Tschou En-lais Tour durch Afrika

Es paßt in das beunruhigende Panorama Afrikas, daß gerade zu der Zeit, da die Unruhen von einem Land zum andern übersprangen, der chinesische Ministerpräsident *Tschou En-lai* sich zusammen mit Außenminister *Tschen Yi* auf einer Reise durch den afrikanischen Kontinent befand. Das Zusammenfallen dieser Ereignisse mag äußerlich ohne direkten Zusammenhang erscheinen. *Tschou En-lais* Reise war seit längerem geplant und begann bereits am 14. Dezember letzten Jahres, rund einen Monat vor dem Umsturz in Sansibar, der die Initialzündung für die Unruhen in Ostafrika gab.

Zweifellos kommen jedoch die Ereignisse in Afrika den Intentionen der chinesischen Außenpolitik entgegen. *Tschou En-lais* Tour war nicht nur eine Propagandatournee. Es war der ernsthafte Versuch einer

Reaktivierung der chinesischen Außenpolitik, wie sie — unter Tschou En-lais Führung — zum ersten Male auf der *Konferenz von Bandung* im Jahre 1955 in Erscheinung getreten war. Das Ziel sollte eine engere Zusammenarbeit zwischen den «unterentwickelten» Staaten Afrikas und Asiens sein; der gemeinsame gefühlsmäßige Nenner, auf den Peking diese Politik zu bringen hoffte, war die Abneigung gegen den weißen Mann, den einstigen Unterdrücker der schwarzen wie der gelben Völker.

Die Konzeption schien verführerisch einfach; es war eine Art Appell an die «proletarischen» Nationen, an die Habenichtse, gemeinsame Solidarität zu üben gegen die technisch hochentwickelten, reichen Nationen. Daß diese politische Taktik von China zweischneidig — gegen den Westen wie gegen die Sowjetunion — angewendet werden konnte, dürfte Pekings Entschluß, sich ihrer zu bedienen, nur erhöht haben.

Noch ist es schwierig, die Bilanz von Tschou En-lais Afrikareise zu ziehen. Ein Symptom dafür, wie weit es dem kommunistischen China gelungen ist, in Afrika Terrain zu gewinnen, wird sich bei der nächsten Abstimmung in den Vereinigten Nationen über die Zulassung Pekings zeigen; man wird dann feststellen können, welche Länder ins Lager der Befürworter einer Mitgliedschaft Rotchinas in den UN abgeschwenkt sind. Die Anerkennung Pekings durch Frankreich am 27. Januar hat in dieser Hinsicht Tschou En-lais Sondierungen in Afrika wertvolle Hilfe geleistet.

Diesem Plus stehen aber gewichtige *negative Faktoren* entgegen. Pekings Politik stößt gerade in Afrika auf nur gering verdecktes Mißtrauen. So wird der Angriff Chinas auf Indien im Himalaja als expansiver Übergriff gewertet, der sich zudem gegen ein Land richtete, das grundsätzlich ebenfalls in den Kreis der afrikanisch-asiatischen Solidarität eingeschlossen werden sollte. Wenig Verständnis findet China auch mit seiner Weigerung, das *Moskauer Atomteststoppabkommen* zu unterzeichnen. Am stärksten ins Gewicht gefallen jedoch ist die Unfähigkeit Chinas, in der Entwicklungshilfe auch nur entfernt mit den Ländern des

Westens zu konkurrenzieren. Der Appell an die «proletarische» Solidarität verfiel hier nicht; Tschou En-lais Propellerflugzeug wirkte in den Augen der Afrikaner geradezu als Symbol der Armut gegenüber den Düsenmaschinen, mit denen westliche oder sowjetische Emissäre in Afrika zu reisen pflegen. Pekings Vorstoß nach dem schwarzen Erdteil war keinesfalls der in jeder Hinsicht gelungene Auftakt zu einer politischen Offensive größeren Ausmaßes.

Ungelöste Cypernfrage

Während Großbritannien durch seine Intervention in Ostafrika seine Kräfte zum äußersten angespannt sah, suchte es sich gleichzeitig — im Einverständnis mit Washington — aus den in *Cypern* eingegangenen Verpflichtungen zu lösen und seine seit den Weihnachtsunruhen dort eingesetzte Streitmacht durch eine internationale Truppe zu ersetzen. Der Vorschlag, aus gemischten NATO-Verbänden bestehende Ordnungskräfte nach Cypern zu entsenden, wurde vom cyprischen Präsidenten *Makarios* in verklausulierter Form abgelehnt, der auf Einschaltung von Streitkräften der Vereinigten Nationen drängte. Eine Intervention der NATO würde das heikle Problem der *Beteiligung deutscher Kontingente* in Cypern aufwerfen, was im Hinblick auf die in Griechenland noch immer nicht vernarbten Wunden des letzten Krieges zumindest eine schwere psychologische Belastung für die ganze westliche Allianz bedeuten würde. Angesichts der latenten Spannung zwischen dem griechischen und dem türkischen Teil der Bevölkerung Cyperns und den immer wieder ausbrechenden Kämpfen scheint es unumgänglich, daß alles vermieden wird, was die verworrene Situation weiter komplizieren könnte. Ob allerdings eine Einschaltung der Vereinigten Nationen die beste der möglichen Lösungen sein würde, scheint nach den Aktionen der Weltorganisation in andern politischen Gefahrenpunkten des Mittleren Ostens und Afrikas einigermmaßen zweifelhaft.

Fabius

FRANKREICH UND CHINA

Ist das schwarze Afrika zuverlässig?

Die Unrast, die man in mehreren Staaten des schwarzen Afrika beobachtet, stellt die französische Regierung vor heikle Probleme. Soll sich Frankreich mit den afrikanischen Staaten solidarisieren, die heute von Ohnmacht und innerem Zwist heimgesucht und von der eigenen Bevölkerung der Korruption angeklagt werden? Wäre es nicht besser, Abstand zu nehmen von diesen Ländern, die primitiven und unzusammenhängenden Reflexen verfallen sind, ihnen die Unterstützung zu entziehen, die diesen Zustand nur zu verlängern scheint? Diese Fragen werden in den politischen Kreisen diskutiert, welche sich für den schwarzen Erdteil interessieren und über die Wendung der Dinge beunruhigt sind. Es ist eine Tatsache, daß mehrere farbige Staatschefs sich heute in so schlechter Lage befinden, daß ihnen eines Tages das Schicksal des unglücklichen Abbé Youlou in Brazzaville zustoßen könnte. Nicht ohne Grund wirft man ihnen sträfliche Vernachlässigung der Staatsgeschäfte sowie unüberlegte Ausgaben vor, wenn nicht gar beleidigenden Luxus in ihrer Umgebung. Doch muß man gerechterweise anerkennen, daß diese gleichen Regierungschefs bis heute die Ordnung aufrechterhalten und die am Aufbau ihres Landes beteiligten Europäer nach besten Kräften geschützt haben. Nach drei oder vier Jahren der Unabhängigkeit kennt man in den Staaten der ehemaligen Communauté keinen einzigen Fall von Ermordung oder auch nur Belästigung eines Franzosen, sogar im Urwald. Verglichen mit den Verbrechen und Ausschreitungen im ehemals belgischen Kongo verdient diese Sicherheit ein Lob.

Was von der umstürzlerischen Tätigkeit im Senegal, in Togo, im Tschad, dem einst französischen Kongo und kürzlich in Dahomey bekannt wurde, ist recht beunruhigend. Selbst die Elfenbeinküste, dieses schöne, prosperierende Land, ist dem Umsturzfeber nicht entgangen. Der Präsident, Houphouët-Boigny, weiß es genau, lebt er doch, nach viermonatiger Abwesenheit, seit

seiner Rückkehr nach Abidjan in einer regelrechten Komplottpsychose. In den meisten Fällen zielen die Unzufriedenen nur darauf ab, den Regierungschef zu stürzen und seinen Platz einzunehmen. Daraus ersieht man die heikle Lage Frankreichs in diesen Ländern, in denen die absolute Neutralität, die Richtschnur der französischen Politik, Gefahr läuft, als Zustimmung zum Status quo zu gelten. Eine Wahl zu treffen, ist somit von entscheidender Bedeutung. Aber welche? Die beste Politik bestünde vielleicht darin, die Verwendung der zu häufig verschwendeten Subventionen zu begrenzen und zu kontrollieren. Die französischen Behörden wissen jedoch aus alter Erfahrung, daß eine selbst mit aller wünschenswerten Schonung ausgeübte Kontrolle von den farbigen Verantwortlichen nur mit größter Schwierigkeit, in Tat und Wahrheit überhaupt nicht hingenommen wird. In erster Linie soll die Unterstützung der unterentwickelten Bevölkerung Nutzen bringen, das heißt sie soll durch Schulen, Spitäler, Straßen, Polykliniken und eine den Bedürfnissen angemessene landwirtschaftliche Ausrüstung zum Unterbau für die Erschließung des Landes beitragen. Haben die afrikanischen Massen einmal die Überzeugung erlangt, ihre Regierung beschäftige sich ernsthaft mit der Verbesserung ihrer Lebensbedingungen, werden sie nicht mehr versucht sein, sich aufzulehnen oder sich in dunkle Stammesstreitigkeiten einzulassen, bei denen sie nichts gewinnen können.

In seinem Bericht über die Entwicklungshilfe, der unter dem Namen «Jeanneney-Bericht» bekannt wurde, hat der ehemalige Wirtschaftsminister die «Politik der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern» vorgezeichnet. Die Schlußfolgerung aus seinen Erfahrungen sowie aus den Arbeiten der Kommission, der er vorsteht, können nicht deutlich genug unterstrichen werden. «Die armen Völker», schreibt er, «neigen instinktiv dazu, Wohlstand und Glück eher von den Taten ihrer Führer zu erwarten, die für sie eine lebendige Realität sind, als vom freien Spiel wirtschaftlicher Gesetze, die abstrakt bleiben.» Daß im schwarzen Afrika die poli-

tische und administrative Elite oft unerfahren ist, läßt sich nicht bestreiten. Es ist deshalb angebracht, die Aufgaben des Staates den zur Verfügung stehenden fähigen Köpfen anzupassen und die geistige Bildung sowie die praktische Ausbildung und vaterländische Erziehung der kommenden Führungsschicht zu beschleunigen.

Äußere Anleihen und Geldspenden, so großzügig sie sein mögen, können selbstverständlich auf die Dauer das notwendige Investitionskapital nicht liefern. Und selbst wenn sie genühten, bliebe das wirtschaftliche Wachstum Schwarzafrikas ungewiß. Unabdingbare Voraussetzung einer dauerhaften Entwicklung ist somit die vermehrte Arbeit der Bevölkerung und die Verwendung dieser vermehrten Arbeit zu Investitionszwecken. Alle selbständigen Staaten Afrikas machen gegenwärtig die gleiche Krise durch und leiden an denselben Ausbildungsmängeln. Es gilt deshalb, nach Anregung des Jeanne-ney-Berichtes, der in den politischen Kreisen Frankreichs und Afrikas ein lebhaftes Echo ausgelöst hat, aus den Ereignissen schleunigst eine praktische Lehre zu ziehen, mag sie für eine Anzahl afrikanischer Führer noch so hart sein. Man hat es früher schon gesagt, doch angesichts der Ereignisse, die Dahomey kürzlich erschütterten, muß es wiederholt werden: das Interesse aller kommt vor dem angenehmen Leben.

Die Chinesen dringen in Afrika ein

Im Augenblick der Anerkennung Pekings durch Frankreich kam der Anwesenheit Tschu En-lais im Osten Afrikas eine besondere Bedeutung zu. Hinsichtlich Volkschina bisher zurückhaltend, vollzog die Tagespresse eine Schwenkung und veröffentlicht seit einiger Zeit nuancierte Reportagen über das ehemalige Reich der Mitte, als wollte sie die öffentliche Meinung auf Chinas Eintritt ins Konzert der Nationen vorbereiten. Der «Figaro», keiner Sympathie für die östlichen Mächte verdächtig, öffnete seine Spalten dem von einer Fernost-Reise zurückgekehrten Edgar Faure, der dem Blatt ein vorsichtig gehaltenes Interview gewährte. Mit dem Einverständnis der Regierung und General de Gaulles war er nach China gereist und vor

und nach seiner Reise im Elysée-Palast empfangen worden.

Man hat Edgar Faures sorgfältig abgewogene Antworten im «Figaro», seine Objektivität, die Klarheit seiner Kommentare gelobt, doch ist zu befürchten, daß die USA, die Chinas Anerkennung und damit seinem Einzug in die UNO sich stets widersetzt haben, es Frankreich übelnehmen, daß es ihm den Eintritt erleichtert. Im Westen betrachten viele, für die der Atlantikpakt ein Schutzschild gegen den Kommunismus ist, Amerikas Unterstützung als grundlegend und denken, Washington zu verlieren, um Peking zu gewinnen, hieße sich übertölpeln lassen. Es geht dabei um die Sicherheit der freien Welt, die um keinen Preis zerfallen oder sich auflösen darf. Der frühere Ministerpräsident hat die Annäherung zwischen Volkschina und Frankreich betrieben wie Edouard Herriot seinerzeit die Wiederaufnahme der Beziehungen zu den Sowjets.

Welches Ziel verfolgt indessen die Regierung von Peking, indem sie ihren Premierminister und Außenminister nach Albanien, Ägypten und in die drei nordafrikanischen Länder entsendet? Man hat den Nachdruck nicht übersehen, mit dem Tschu En-lai in Algier von der Solidarität seines Landes mit der jungen algerischen Republik sprach, als hielte er sie bereits für die vorgeschobene Plattform der kommunistischen Welt gegenüber Europa. Nach einem Aufenthalt bei König Hassan in Rabat und der Wiederanknüpfung diplomatischer Beziehungen mit Tunesien machten die beiden chinesischen Abgesandten eine Reise — unleugbar zu Propagandazwecken — nach Ghana, Mali und durch die wichtigsten Länder Ostafrikas.

Die Entwicklungsmöglichkeiten der Beziehungen Volkschinas zum schwarzen Erdteil sind schwer abzuschätzen. Gewiß ist jedoch, daß Peking nun anstrebt, die Russen hier zu überflügeln, dies um so mehr, als die Erregung unter den afrikanischen Studenten in Moskau lokale Reaktionen auslöste, die dem Kreml höchst abträglich waren. Dieser Einflußkampf, erster Einbruch in die Einheit der Volksdemokratien, schließt indessen die Wiederaufnahme von Kontakten zwischen den im Prinzip entgegengesetzten großen

Mächten nicht aus. Somalia, am Rand des Roten Meers und des Indischen Ozeans, wurde zum Operationsfeld dieser überraschenden Begegnungen. Man weiß, daß Chruschtschew sich der Somali-Regierung gegenüber verpflichtet hat, den jungen Staat zu bewaffnen und ihm mehrere Luftbasen zu erbauen, deren strategische Bedeutung keines Beweises bedarf. Tatsache ist jedoch, daß die Russen sich dort durch die Gegenwart der Chinesen konkurrenziert sehen, die sich hauptsächlich im wirtschaftlichen Bereich ausdrückt. Alle Reisenden, die von dort zurückkommen, waren erstaunt über die zahlreichen Chinesen, die sie antrafen, sowie über die Ausmaße der chinesischen Botschaft in Mogadiscio, deren Personal eine viel intensivere Tätigkeit an den Tag legt als die anderer diplomatischer Missionen.

Wir waren selbst Zeuge einer der ersten chinesischen Wellen, die man 1960 in Khartum, der Hauptstadt des ehemals anglo-ägyptischen Sudans, beobachten konnte. Jene, die sich damals darüber wunderten, schienen an eine mögliche Wiederkehr der glücklichen Zeiten der Nilkreuzfahrten zu glauben, dem hochgeschätzten wiewohl ein bißchen anachronistischen Zeitvertreib der Europäer. Die Chinesen faßten an der afrikanischen Ostküste um so schneller Fuß, als die großen europäischen Mächte, vom fortschreitenden russischen Einfluß in jenem Teil der Welt entmutigt, sich aus dem Wettkampf zurückgezogen hatten. Volkschina, das heute Somalias Gebietsansprüche unterstützt, verpflichtete sich, das Budgetdefizit des Landes zu decken. Diese jährlich zu erneuernde Finanzhilfe hatte sofortige Folgen. Eine Masse chinesischer Experten ging an Land und unternahm sogleich Ausrüstungsarbeiten, welche die Unterentwicklung des Landes und das Elend des Volkes in der Tat notwendig machten.

Bis jetzt vermieden es Chinesen und Russen, miteinander in Wettstreit zu treten. Man spricht sogar von einem Abkommen, das zwischen beiden geschlossen worden sei, demzufolge die Chinesen das wirtschaftliche Leben Somalias kontrollieren, die Russen die militärischen Angelegenheiten. Doch wartet die Rivalität zwischen Moskau und Peking

nur auf den Anlaß, den Einflußkampf zu verschärfen, den die beiden kommunistischen Mächte augenblicklich in Afrika führen, aber nicht nur da, sondern auch, wie wir bald bemerken werden, in verschiedenen westlichen Hauptstädten.

Die Ereignisse, die Tanganjika, Uganda, Kenia und zuvor Sansibar erschütterten, warfen ein jähes Licht auf diesen Teil des heute aufgewühlten Ostafrika. Die Ankunft britischer Luftlandetruppen genügte zur Wiederherstellung der Ordnung. Aber laufen die afrikanischen Regierungschefs, die um deren Entsendung gebeten hatten, nicht Gefahr, mit den Kolonisatoren von gestern verwechselt, ihrer Bevölkerung also verdächtig zu werden? So ungern man weitere solche Zwischenfälle erleben möchte, versteht es sich doch von selbst, daß die Probleme in den früheren englischen — wie auch gelegentlich in den einstigen französischen — Kolonien nicht nur die Aufrechterhaltung der Ordnung betreffen. Nach einem nunmehr klassischen Verfahren im schwarzen Afrika haben die Regierungschefs mit einer im allgemeinen gewerkschaftlichen Opposition zu rechnen sowie mit verworrenen, aber realen Forderungen, welche einzudämmen die britischen Sicherungstruppen nicht mehr genügen werden. Verständnis und vertiefte Kenntnis der lokalen Bedürfnisse würden sich zweifelsohne als wirksamer erweisen.

China und de Gaulles Pressekonferenz

Das wenigste, was man zur diplomatischen Anerkennung Chinas sagen kann, ist, daß die Meinungen geteilt sind. In ihrem Zusammenhang weist man in politischen Kreisen auf jene donnernde Pressekonferenz hin, in deren Verlauf vor einem Jahr der General mitgeteilt hatte, er breche von sich aus die Beratungen über Englands Eintritt in den Gemeinsamen Markt ab. Diesmal ist de Gaulles Geste ein positiver Akt, der nicht verfehlen wird, auf die Einheit des westlichen Lagers und somit auf den Atlantikpakt Nachwirkungen zu haben. In dem Maße, in dem sie Frankreich aus der Verteidigungssolidarität des Westens herauslösen und den chinesischen Einfluß in Europa ermöglichen

hilft, ist diese Geste Teil einer kühnen Politik, die einige sogar tollkühn nennen.

Die amerikanische Öffentlichkeit erklärt sich beleidigt von der französischen Entscheidung, und dies gerade im Augenblick, da die USA in Vietnam großen Schwierigkeiten gegenüberstehen. Für die amerikanische Verwaltung übernimmt die französische Regierung die gefährliche Verantwortung, im asiatischen Südosten den westlichen Widerstand zu schwächen. Welches auch immer die französischen Argumente sind, für Amerika handelt es sich um eine dem Feind in Südostasien geleistete Hilfe, den nur Amerika eindämmt. Trotz Walter Lippmanns Artikel, einzig in seiner Art, der die Weltöffentlichkeit zu beschwichtigen trachtet, glaubt niemand, es könne irgend etwas Nützliches aus dieser Geste entstehen, die bisher einem stets treuen Alliierten gegenüber als unfreundlich galt. Obwohl er das Ereignis als unvermeidlich ansah, glaubt Antoine Pinay, es sei nicht notwendig gewesen, die Dinge zu überstürzen. «Frankreich wäre besser beraten gewesen, zuvor seine Verbündeten zu konsultieren, sei es nur aus Höflichkeit und Solidarität.» Paul Reynaud ist gleicher Meinung; für ihn ist diese Anerkennung ein kapitaler Fehler, «der der westlichen Einheit einen tödlichen Stoß versetzt». In den ehemals französischen Staaten Afrikas, die, wie man weiß, heute völlig Herr ihrer Entschlüsse sind, drückten mehrere Regierungschefs ihre negative Ansicht aus. Philibert Tsiranana, der Präsident Madagaskars, nahm auf der Durchreise in Paris die Zwischenfälle in Tanganjika und Sansibar sowie die militärischen Meutereien in Kenia zum Zeugen, um seine Haltung mit folgenden Worten zu rechtfertigen: «Die französische Regierung hat zweifellos gute Gründe für das, was sie tut; unseren Interessen wäre die Anerkennung der Regierung von Peking absolut entgegengesetzt.»

Gleichzeitig mit dieser kategorischen Erklärung, die von einem afrikanischen Staatsmann stammt, der aus Erfahrung die Gefahr chinesischer Infiltration kennt, ließ François-Poncet einen Appell zugunsten Amerikas ergehen. Er beschwor die Franzosen, zu verstehen, was sie der großen amerikanischen

Republik verdanken. Können wir diese Dankeschuld vergessen? Zweimal haben die USA Truppen aufgestellt und sind uns über den Ozean zu Hilfe geeilt. So kann man sagen, ohne die heroischen anglo-französischen Opfer zu verringern, daß die freie Welt schließlich von den Amerikanern gerettet wurde. Die Erinnerung an das, was Amerika für Europa getan hat, sollte nie verloren gehen, waren wir doch alle auf dem Kontinent Nutznießer davon. Dies ist in großen Zügen die Meinung der Öffentlichkeit, die heute über de Gaulles prochinesische Politik bestürzt ist. Diese Politik verwirrt alle, die Pekings weithin hallende antiwestliche Erklärungen nicht vergessen haben und sich nach den Konsequenzen dieser jähen Wendungen befragen, denen wir nicht allein im Falle Chinas beiwohnen, sondern ebenso im Falle Kubas und Rußlands. In Kuba schickt Frankreich sich an, Berliet-Lastwagen, Raupentraktoren und kleine Lokomotiven zu liefern; in Moskau leistete der Finanzminister, Giscard d'Estaing, der Einladung seines sowjetischen Kollegen, Nikolaus Patolischew, Folge und bemühte sich, den Russen klarzumachen, Frankreich sei bereit, seinen Handelsaustausch mit ihnen zu vergrößern. Das alles mag bis heute nicht sonderlich ins Gewicht fallen, es sei denn, man könne dahinter die Vorbereitungen einer neuen realistischen Politik gegenüber dem Osten sehen.

Es ist für niemanden ein Geheimnis, daß China in Südostasien zum Nutzen des internationalen Kommunismus Terrain gewinnen will und damit Rußlands Nachfolge antritt. Wie kann man sich zum Streit zwischen Moskau und Peking beglückwünschen, wenn man weiß, daß es in der Auseinandersetzung mit Moskau China war, das auf der Nützlichkeit von Revolutionskriegen beharrte, auf der Notwendigkeit der «permanenten Revolution» (nach Trotzki's Ausdruck), und daß China wiederum seine geringen Skrupeln im Falle eines Atomkrieges ausdrückte. Man kann sagen, was man will, China diplomatisch anzuerkennen birgt eine Doppeldeutigkeit, die kein Versprechen auf den chinesischen Markt und keine stimulierende Hoffnung auf wirtschaftliche «Brechen» kompensieren kann.

In einem Punkt ist indessen alle Welt einig: ein Land von siebenhundert Millionen Einwohnern kann man nicht ignorieren. General de Gaulle hat in seiner Pressekonferenz vom 31. Januar diese Frage mit seiner gewöhnlichen Ungezwungenheit und jener unerschütterlichen Autorität, die sein Geheimnis ist, angeschnitten. Ihm zufolge ist die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Peking ein glücklicher politischer Akt, der bekundet, daß «die beiden Länder in ihrer Tiefe füreinander Sympathie und gegenseitige Hochschätzung hegen». In den Salons des Elysées zeigte er einem guten Tausend Journalisten und Kameraleuten aus aller Welt das Reich der Mitte, «älter als die Geschichte», im Vogelflug. Man kann einigen Zweifel haben an der Aufnahme, die seinen Worten zuteil wurde. Indem er es übergang, spielte de Gaulle auf Amerika an; die Verbündeten des Westens wurden im Verlauf der langen Rede nie erwähnt. Ebensovienig war die Rede vom Staatsstreich in Indochina, der das Triumvirat der Generäle hinwegfegte, denen die Militärjunta vorwarf, den Pariser Anregungen ein zu williges Ohr zu leihen. Man weiß, die neue Mannschaft in Saigon bezeichnet sich als streng antineutralistisch, bereit, mit amerikanischer Hilfe den Krieg in Süd-Vietnam zu verstärken. De Gaulles Lösung dieses Konflikts ist — so sagte er mit Nachdruck — ein Neutralitätsabkommen. Es sollte von China, dem Nachbarn der indochinesischen Staaten, unterzeichnet werden. Wir wollen diese zu wenig beachtete neue Stellungnahme hervorheben, offenbart sie doch einen prinzipiellen, unüberbrückbaren Gegensatz zwischen der französischen Politik der Unterhandlung in Asien und Washingtons militärischer Hilfe für alle Staaten, die gegen den Kommunismus kämpfen.

Es versteht sich von selbst, daß die Konzeption des französischen Staatschefs, auf welcher er seine ausländische Politik aufbaut, sich nicht um die beiden China kümmert. Nachdem er dem Generalissimus Tschiangkaischek das Lob gespendet hat, das den großen Toten der Geschichte zukommt, bleibt für ihn das China von heute mit seinem heutigen Regime das entschei-

dende Element. Man muß zugeben, daß er an der Pressekonferenz an dieser Stelle sich selbst übertroffen und den überzeugenden Tonfall der besten Tage gefunden hat. Kein Krieg, kein Frieden ist in der Tat in Asien denkbar, ohne daß China hineinverwickelt wäre: «Keine politische Realität», sagte er, «die Kambodscha, Laos, Vietnam oder Indien, Pakistan, Afghanistan, Burma, Korea, Sowjetrußland oder Japan betrifft... und China nicht angeht oder berührt.» Wenn der General, wie er uns versicherte, seit Jahren daran dachte, so hat er uns dennoch nicht verraten, ob er auch seit Jahren an die Schwierigkeiten dachte, die jetzt für Frankreich sichtbar werden, ungemütlich eingeklemmt zwischen dem China von Peking und jenem von Formosa. Viele wünschen nach de Gaulles Darlegungen, dieser, der einst der Mann des Widerstands in London war und in der Not die Hoffnung verkörperte — wie heute der Held von Taipeh —, möge eine ehrenhafte Lösung des Problems der beiden China finden, das nach wie vor besteht. Wenn kurz nach der Anerkennung Chinas de Gaulle und Mao in dem wesentlichen Punkt der dornigen Formosafrage nicht mehr einig scheinen, so deshalb, weil beide in die vom andern gegrabene Grube fielen. De Gaulles Hoffnung war, den Partner in die Falle der Politik zweier Chinas gleiten zu lassen. Aber der beschlagene Politiker Mao hütete sich vor einem solchen Risiko. Es ist jedoch erfreulich, daß die Regierung von Taipeh nach vollzogenem Bruch mit Paris hervorzuheben wünschte, die traditionelle französisch-chinesische Freundschaft werde dadurch nicht beeinträchtigt.

Wie gewöhnlich bewies General de Gaulle in seinen Erklärungen einen unfehlbaren Realismus. Den unerbittlichen Zwang der Massen unter dem kommunistischen System als Zeugen anrufend, erwies er dem Fleiß des chinesischen Volkes Ehre, «dem stolzen Volk unter welchen Umständen auch immer». Das Gewicht der Evidenz und der Vernunft, diese Imperative der gaullistischen Philosophie, wirkte also zugunsten Chinas, das, wie der General beiläufig bemerkte, sich glücklicherweise von der russischen Überlegenheit befreit hat.

Hinsichtlich der andern Punkte seiner Darlegung, vorab der Entwicklungshilfe, wurde nichts Neues gesagt. Er hat jedoch anerkannt, daß die Kolonialzeit für die farbigen Völker eine naturgegebene und notwendige Phase ihrer Entwicklung war und zitierte diesbezüglich das Werk von Brazza, Galliéni und Lyautey, was in der Tat gerecht ist. Die Politik der Zusammenarbeit mit den afrikanischen Ländern bürdet Frankreich alljährlich Lasten von sieben Milliarden Francs auf. Kein Land der Welt, selbst nicht Amerika, legt seinem Budget solche Opfer auf; Rußland folgt mit großem Abstand. Was die Einheit Europas betrifft, haben sich die Ansichten des Staatschefs nicht gewandelt; das Gegenteil hätte überrascht. Das Europa der Zukunft kann nur ein Europa der Staaten sein, doch nur der sechs kontinentalen Staaten, was England praktisch ausschließt und der atlantischen Umfassung, das heißt Amerika, eine Grenze setzt.

Unter dem Schleier der Worte führen General de Gaulles planetarische Konzeptionen zu diesen Folgerungen. Befreit von dem, was ihm bis jetzt eine unerträgliche Unterwerfung schien, die seinem politischen Ehrgeiz Zwang antat, nahm er diesmal eine Option auf die Geschichte, seine einzige und wirkliche Verbündete. Entschlossen, das Werk der Zusammenarbeit Frankreichs «auf die Völker, die uns instinktiv und von Natur aus anziehen», das heißt auf Lateinamerika auszudehnen, wohin er sich in den kommenden Monaten begeben wird, stellt er fest, daß die verschiedenen Kontinente sich durchdringen, daß einer vom andern abhängt. Nachdem er derart das Ziel seiner Betrachtungen definierte, bleibt ihm jetzt übrig, Frankreich zu jener Politik der Größe zu führen, die er ihm zuweist. Die Zukunft wird zeigen, ob es ihm gelingt.

Jean de Saint-Chamant

WAHLCHANCEN DER BRITISCHEN KONSERVATIVEN

Im Augenblick weiß noch niemand, wann die britischen Parlamentswahlen stattfinden werden. Sicher ist bloß, daß sie spätestens im Herbst erfolgen müssen. Konstitutionelle Tradition verlangt Neuwahlen spätestens nach Ablauf einer Kadenz von fünf Jahren. Die letzten Wahlen fanden im Oktober 1959 statt. Zwischen März und Oktober muß also die Entscheidung fallen. Da die Regierung Sir Alec Douglas-Homes erst seit Oktober im Sattel ist, scheint ein späterer Termin eher in ihrem Interesse zu liegen, umsomehr als das Ansehen der Partei, das schon durch den Profumo-Keeler-Skandal stark gelitten hatte, nun wiederum erschüttert wurde durch die Enthüllungen des aus Widerwillen gegen die Ernennung des gegenwärtigen Ministerpräsidenten zurückgetretenen Ministers Macleod im «Spectator» über die angeblichen Ursachen der Verhinderung der Ernennung Butlers zum Nachfolger Macmillans. Der eigentlich dafür Verantwortliche ist aber Macmillan, der den leichtsinnigen Randolph Churchill, den Sohn des gro-

ßen Winston, zur Veröffentlichung eines Büchleins veranlaßte, das seine Handhabung der Nachfolgefrage rechtfertigen sollte. Die Betrauung eines Parlamentariers mit der Bildung einer neuen Regierung erfolgt traditionsgemäß auf Antrag des zurücktretenden Ministerpräsidenten, im Einvernehmen mit seiner Partei. Macmillan behauptete, alle Parteinstanzen konsultiert zu haben; Macleod dagegen wirft ihm vor, Butler gegen den Willen der Kabinettsmitglieder übergangen zu haben zugunsten eines erblichen Mitgliedes des Oberhauses, das erst durch Verzicht auf seinen Adelstitel und eine parlamentarische Nachwahl die traditionellen Bedingungen für die Amtsübernahme erfüllen konnte. Die Konservativen werden sich wohl wieder zusammenschließen, dem Selbsterhaltungstrieb folgend. Wie sich jedoch dieser innere Konflikt unter den Wählern auswirken wird, ist noch nicht abzusehen. Jedenfalls sind die Sozialisten bereits in Siegeslaune — vielleicht ein wenig zu früh.

Die konservative Parteileitung verbrei-

tete vor kurzem eine Art Fragebogen unter der Wählerschaft, der ihr die «richtige» Einstellung erleichtern soll. Jeder Wähler wird darin aufgefordert, seine Entscheidung zu treffen, je nach Beantwortung folgender fünf Fragen: Wären Sir Alec Douglas-Home und Butler oder Harold Wilson und P. Gordon-Walker vertrauenswürdiger als Lenker der britischen Verteidigungs- und Außenpolitik? Wären die Konservativen oder die Sozialisten geeigneter für die Förderung des zu 95% auf privaten Unternehmungen beruhenden Ausfuhrhandels? Welche der beiden Parteien ist mehr geneigt zu Steuererhöhungen? Welche der beiden Parteien ist mehr geneigt zu bürokratischen Einschränkungen der Freiheit? Welche Partei ist besser geeignet zur Aufrechterhaltung des Geldwertes? Wenn es sich nur um eine Wahl zwischen Konservativen und Sozialisten handeln würde, so könnte dieser Fragebogen auf größeren Erfolg rechnen.

Die meisten Engländer sind wohl noch Anhänger einer Politik, die das Überbleibsel der britischen Weltmachtstellung — das überseeische Commonwealth — mit einem politischen und wirtschaftlichen Zusammenschluß mit Europa verbinden und die für die Verteidigung der nationalen Interessen notwendigen Streitkräfte, inklusive eigene Kernwaffen, bewahren will. Dagegen ist der Widerwille der Sozialisten gegen die Europäische Gemeinschaft und ihre Vorliebe für Bindungen mit Negerstaaten und anderen exotischen Regierungen wahrscheinlich weniger populär, zumal ihre Verteidigungspolitik unter pazifistischen Einflüssen leidet. Andererseits verursachte das Moskauer Atomstopp-Abkommen — begleitet von allzu optimistischen Erwartungen weiterer Entspannungsmaßnahmen — gefährliche Illusionen in der öffentlichen Meinung. Sir Alec Douglas-Home, ansonsten ein Anhänger offener Warnungen vor den Kremlgewaltigen und ihrem weltrevolutionären Imperialismus, sah sich letzthin gezwungen, Wasser in seinen Wein zu gießen und sich hoffnungsvoll über Möglichkeiten einer Beendigung des kalten Krieges auszudrücken. Eine solche Einstellung kann aber auch den Sozialisten zugutekommen, die Meister sind in ihrer

Rolle als angebliche Friedensapostel und Besserwisser hinsichtlich Verständigungsmöglichkeiten mit dem Osten. Dazu kommt noch der durch die Ermordung Kennedys verursachte Verlust persönlicher freundschaftlicher Beziehungen zwischen «den Gipfeln» in Washington und London, was, verbunden mit Wilsons Beteuerungen seiner Amerikatreue, die Unterschiede zwischen dem internationalen Gewicht einer konservativen Regierung und den außenpolitischen Chancen einer Labour-Regierung vernebelt. Schließlich muß auch die Tatsache vermerkt werden, daß General de Gaulles Absage an Großbritanniens Eintritt in die EWG den Drang nach Europa unter den britischen Wählern ebenso geschwächt wie die militärischen Interventionen in Zypern und Ostafrika die Anhänglichkeiten des bereits schwindenden Commonwealth-Ideals wiederum gestärkt hat. Alles das macht einen so hervorragenden Außenminister wie Butler leider nicht zu einer personifizierten Bürgerschaft einer besseren Wahrung der Machtstellung Großbritanniens. Auch fürchten viele eine wenigstens teilweise Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht mit Rücksicht auf die erwiesene Unzulänglichkeit einer aus Freiwilligen bestehenden Berufsarmee, angesichts der Anforderungen der Lage in Europa, Afrika, Arabien und Südostasien. Die Sozialisten gelten eben als sicherere Gegner der allgemeinen Wehrpflicht und als weniger entschiedene Befürworter einer Verteidigung Berlins um jeden Preis.

Dagegen verspricht die Beantwortung der übrigen innenpolitischen Fragen mehr Erfolg für die Konservativen. Die Verstaatlichungspolitik der Sozialisten ist entschieden unpopulär. Das gleiche gilt für ihre Vorliebe für staatliche Kontrolle und «gelenkte Wirtschaft». Allerdings haben die Arbeitermassen keine Angst vor Steuererhöhungen und keinerlei Verständnis für die Gefahren der Inflation, was die ständige Lohntreiberei der Gewerkschaften erklärt. Aber der Ausgang der Wahlen wird in diesem Lande immer bestimmt von der Haltung des Mittelstandes im weitesten Sinne des Wortes. Der Mittelstand ist jedenfalls zufrieden mit dem in weiterem Steigen begriffenen Aufschwung

der Wirtschaftskonjunktur und legt großen Wert auf die Stabilität des Geldes. Der Mittelstand ist sich der Gefahren sozialistischer Wirtschaftsexperimente bewußt. Die Traditionen der «Nation von Geschäftsleuten» sind in seinen Reihen besonders stark, und das spricht für ein größeres Bewußtsein der Bedingungen einer günstigen Außenhandelsbilanz. Aber, wie gesagt, es handelt sich nicht nur um eine Wahl zwischen Konservativen und Sozialisten. Die liberalen Sympathien sind eben im Mittelstande besonders stark, und viele stimmten bisher für die Konservativen nur aus Angst vor den Sozialisten. Wie die letzten Ergänzungswahlen beweisen, ist die Anzahl der liberalen Wähler in ständigem Steigen begriffen, und zwar hauptsächlich auf Kosten der Konservativen. Es ist daher durchaus möglich, daß bei den nächsten Wahlen eine Niederlage der Konservativen zugunsten der Sozialisten wesentlich der Intervention der Liberalen zu danken sein wird. Das wäre eine Ironie des Schicksals. Trotzdem der liberale Führer Grimond bei jeder Gelegenheit beteuert, er sei ein Mann der Linken oder zum mindesten des linken Zentrums, hat er in Wirklichkeit beinahe alles mit den Konservativen und sehr wenig mit den Sozialisten gemein. Jedenfalls ist er einig mit der Regierung Sir Alec Douglas-Homes im Verlangen nach der Beteiligung Großbritanniens an der Einigung Westeuropas, in der Ablehnung jeglicher weiterer Verstaatlichungen und Drosselungen des freien Unternehmertums, im Streben nach einer Reform der Gewerkschaften, im Sinne einer Verhinderung schädlicher Streiks und einer Beteiligung der Arbeiterschaft am Aktienvermögen der Unternehmungen. Selbst seine radikaleren Forderungen, wie die der Demokratisierung des Oberhauses und so weiter sind durchaus ähnlich denen der Mehrheit der Konservativen. Nicht alle Liberalen teilen Grimonds Überzeugung, daß die Konservativen ohnehin verlieren müssen und die Liberalen daher größere Chancen haben, die Stimmen der einen neuen Besen verlangenden, aber ansonsten nichtsozialistischen Wähler für sich zu gewinnen. Letzthin haben so viele Liberale die Partei verlassen, aus Protest gegen Grimonds Verlangen nach

liberalen Kandidaten in beinahe allen Wahlkreisen, ungeachtet der dadurch den Sozialisten geleisteten Hilfe. Eine relative Mehrheit genügt, um gewählt zu werden.

Das heute am meisten umstrittene Problem der gesetzlichen Verhinderung der Marktpreisregulierung durch die großen industriellen Unternehmungen wird wohl wenig Einfluß auf den Ausgang der Wahlen haben, trotz den Befürchtungen so mancher konservativer Parlamentsmitglieder, die mit den Stimmen der durch den vollständig freien Wettbewerb eventuell gefährdeten «kleinen Kaufleute» rechnen. Sie hätten ja nichts zu gewinnen durch eine Stimmabgabe für die prinzipiell freihändlerischen Liberalen oder für die mit Preisfixierung nach unten drohenden Sozialisten. Sehr viel wird natürlich von der Einstellung der zum Stimmrecht gelangenden Jugend abhängen, besonders der jugendlichen Arbeiterschaft. Einerseits bereitet die sozialistisch denkende Jugend der Labourpartei große Sorge wegen ihres zu weitgehenden Linksradikalismus; andererseits wird die antisozialistische Jugend gerade dadurch so abgeschreckt, daß sie in das konservative Fahrwasser einschwenken mag.

Bei den Wahlen wird das EWG-Problem kaum eine Rolle spielen, trotz den Versuchen der Sozialisten, die Massen gegen eine Partei aufzuhetzen, die für die vergeblichen Brüsseler Versuche verantwortlich war, General de Gaulles Zustimmung zu Großbritanniens Eintritt in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu erlangen. Die Folgen des Brüsseler Zusammenbruches waren soweit geringfügig, und die angeblich größere Treue der Sozialisten zur Commonwealth-Gemeinschaft wird wenig Eindruck auf eine Wählerschaft machen, für welche die heutige Zugehörigkeit zum Commonwealth so vieler «exotischer» und «farbiger» Völker kaum anziehender wirken kann als die «Fremden» jenseits des Ärmelkanals. Auch die große wirtschaftliche Frage der erfolgreicherer Beteiligung Großbritanniens an der Hilfe für die rückständigen Staaten Asiens und Afrikas eignet sich kaum für einen Wettbewerb der Parteien um Popularität bei einer Wählerschaft, deren Mehrheit gewiß wenig Enthusiasmus zeigt für humanistisch-ideali-

stische Motive auf Kosten des Steuerzahlers und wenig Verständnis besitzt für die Zukunftsvorteile einer Politik, die durch einen wirtschaftlich-sozialen Ausgleich neue Märkte für die Industrie zu gewinnen sucht. Dagegen ist das Bestreben der Regierung ganz gewiß populär, die industriellen Unternehmungen gleichmäßiger über das ganze Land zu verteilen und dadurch die im Norden noch beträchtliche Arbeitslosigkeit und Rückständigkeit zu überwinden. Die gegenwärtige äußerst günstige wirtschaftliche Konjunktur, verbunden mit einem außerordentlichen Aufschwung des Außenhandels und einem steigenden Anwachsen der Gold- und Devisenreserven, ist jedenfalls ein mächtiges Argument zugunsten der Konservativen. Auch kann nur ein Blinder die Gefahr einer Untergrabung dieser Konjunktur durch maßlose Lohnforderungen nicht sehen. So-

gar Wilson sah sich gezwungen, gegenüber übertriebenen Ansprüchen eine Politik der größten Mäßigung zu befolgen, um nicht durch die damit verbundene Preistreiberei eine geldentwertende Inflation zu riskieren. Aber die Gewerkschaften machen beinahe kein Hehl daraus, daß sie auf eine sozialistische Regierung warten, um verantwortungsvoller zu werden. Dies sollte wohl den Mittelstand warnen vor unüberlegter Ausübung der Wahlpflicht in einem Dilemma zwischen Vernunft und Laune.

Sir Alec Douglas-Home erklärte vor kurzem zuversichtlich im Parlament, er werde bald vor einem neugewählten Parlament mit einem Vertrauensvotum seitens der ganzen Nation erscheinen. Wird sich so viel Vertrauen rechtfertigen?

Adam Romer

MILITÄRISCHER RÜCKBLICK UND AUSBLICK

Mit dem Jahr 1964 begann bereits das dritte Jahr der Truppenordnung 1961. Ihre organisatorischen Neuerungen haben sich in zwei Jahren verankert und die Erinnerung an die frühere organisatorische Form weitgehend verdrängt. Wie schon Ende 1962 wurde auch Ende 1963 die TO 61 durch Aufstellung neuer Formationen oder Umwandlung bestehender Formationen ergänzt und vervollkommenet. Aber während dieser beiden Jahre

blieb die TO 61 immer noch mit den bisherigen Heeresklassen verknüpft. Die durch die Revision der Militärorganisation im Jahre 1961 beschlossene *Verjüngung der Armee* hat mit zwei Jahren Verzögerung erst zu Beginn dieses Jahres eingesetzt. Nach drei Übergangsjahren wird sie ihr Ziel zu Beginn des Jahres 1967 erreichen. Der stufenweise Abbau der Wehrpflicht und der Heeresklassen ergibt folgende Altersgliederung der Armee:

Jahr	Auszugsalter	Landwehralter	Landsturmalter	Wehrpflicht	
				Sdt. und Uof.	Of.
bis 1963	20—36	37—48	49—60	20—60	20—60
1964	20—35	36—47	48—58	20—58	20—59
1965	20—34	35—46	47—56	20—56	20—58
1966	20—33	34—44	45—53	20—53	20—57
ab 1967	20—32	33—42	43—50	20—50	20—55

Bewaffnung und Ausbildung

Die Einführung des *Sturmgewehrs* wurde nicht nur planmäßig weitergeführt, sondern sogar beschleunigt. Die Umbewaffnung der

Auszugsformationen der Infanterie und der Mechanisierten und Leichten Truppen schloß 1963 in den 12 Divisionen erfolgreich ab. Im laufenden Jahr werden lediglich noch einige leichte Truppen der Armeekorps auf

das Sturmgewehr umgeschult. Heute sind somit sämtliche Infanterieformationen des Auszuges mit dem Sturmgewehr ausgerüstet. Ende 1964 wird dies auch bei sämtlichen Auszugsformationen der Mechanisierten und Leichten Truppen der Fall sein. Seit Mitte 1963 wird das Sturmgewehr auch an die Unteroffizierschüler und Rekruten der Artillerie sowie der Flieger-, Fliegerabwehr-, Genie- und Übermittlungstruppen abgegeben, sorgfältig vorbereitet durch die vorausgehende Ausbildung des Instruktionkorps und der jungen Offiziere, die als Zugführer in den Rekrutenschulen wirken. Im laufenden Jahr werden somit bereits die ersten Sturmgewehrsoldaten an den Wiederholungskursen dieser Truppengattungen teilnehmen. Eine Umbewaffnung wie bei der Infanterie und den Mechanisierten und Leichten Truppen ist für diese Truppengattungen nicht vorgesehen. Die Einführung des Sturmgewehrs erfolgt hier lediglich durch die Zuweisung mit Sturmgewehr ausgebildeter Rekruten, so wie die Landwehrverbände der Infanterie und der Leichten Truppen das Sturmgewehr auch nur schrittweise mit dem Übertritt von Sturmgewehrsoldaten aus dem Auszug erhalten. — Die Einführung des Sturmgewehrs wirkt sich auch auf das außerdienstliche Schießwesen aus; 1963 haben bereits 134 000 Wehrmänner ihre Schießpflicht mit dem Sturmgewehr erfüllt. In großer Zahl haben die Sturmgewehrsoldaten auch am Feldschießen 1963 teilgenommen, dessen Teilnehmerzahl erstmals das gesteckte Ziel von 200 000 Schützen überschritten hat. Die Ausbildung der Jungschützen verzichtet 1964 vollständig auf den Karabiner und erfolgt ausschließlich am Sturmgewehr. Die planmäßige Umbewaffnung der Infanterie und der Mechanisierten und Leichten Truppen, die vorzeitige Abgabe des Sturmgewehrs an Rekruten anderer Truppengattungen und die Abgabe von Sturmgewehren an die Jungschützenkurse beruhen auf einer sorgfältigen Koordination von Ausrüstung und Ausbildung. Wir stellen dankbar fest, daß die programmgemäße Einführung des Sturmgewehrs nur dank der durch keinerlei soziale Konflikte gestörte Leistungsfähigkeit unserer Industrie möglich war.

Die Umbewaffnung unserer *Fliegerabwehr* nimmt allmählich Gestalt an. Nachdem 1963 die erste Rekrutenbatterie mit der neuen mittleren Flabkanone 35 mm ausgebildet wurde, werden im Wiederholungskurs 1964 bereits zwei Schwere Flab-Abteilungen eines Flab-Regimentes mit dem neuen Geschütz ausgerüstet, umgeschult und umorganisiert. Ebenso beginnt 1964 die Ausbildung von Fliegerabwehrrekruten für die im Ausbau begriffenen Lenkwaffen.

Die Ausbildung von *Sanitätsrekruten* ist 1963 auch auf Rekrutenschulen der Mechanisierten und Leichten Truppen, der Artillerie, der Genie- und der Luftschutztruppen ausgedehnt worden. Der enge Kontakt mit Rekruten der kämpfenden Truppengattungen ist für die Ausbildung der Rekruten der Truppensanität ein Gewinn und gestattet zugleich eine laufende Anpassung des Krankenzimmerdienstes an die wechselnden Bedürfnisse, unter Verzicht auf die Kommandierung wiederholungskurspflichtigen Sanitätspersonals.

Die Neuordnung der *Offiziersausbildung* ergab 1963 zwei bemerkenswerte Feststellungen. Die Möglichkeit, die Offiziersschule in zwei Teilen durchzuführen, hat nur eine Offiziersschule der Sanitätstruppen ergriffen. Bei den andern Truppengattungen scheint das Interesse an einer Zweiteilung gering zu sein. Die Mehrzahl der Aspiranten zieht es vor, die gesamte Offiziersschule in einem Zuge zu bestehen. Die Durchführung der neu geordneten Zentralschulen und der übrigen Schulen für die Weiterausbildung der Offiziere stößt bei der Bereitstellung des notwendigen Lehrpersonals auf erhebliche Schwierigkeiten, weil der Bestand an Instruktionsoffizieren nicht Schritt hält mit dem durch die Neuordnung der Offiziersausbildung gesteigerten Bedarf.

Die *Wiederholungskurse* dauerten letztes Jahr erstmals bei allen Truppengattungen 3 Wochen. Gleichzeitig wurden die letzten Truppen mit gestaffelter Einrückungspflicht einberufen. Von 1964 an rücken überall die jüngsten Jahrgänge zum WK ein, unter Verzicht auf Ausfalljahre. Nach der neuen Regel sollten die Soldaten und Korporale ihre 8 Wiederholungskurse vom 21. bis 28. Altersjahr bestehen, doch weicht erfahrungsgemäß

etwa die Hälfte der Wehrmänner, zufolge verspäteter Leistung der Rekrutenschule, Krankheit, Dispensation, Auslandsaufenthalt und zeitweiser Dienstbefreiung, von der gesetzlichen Regel ab, so daß sie auch zwischen dem 29. und 32. Altersjahr noch Wiederholungskurse zu bestehen haben und die Lücke bis zum ersten Ergänzungskurs der Landwehr somit kleiner wird.

Die *Herbstmanöver* 1963 der beiden Felddivisionen 6 und 8 schlossen mit einem imposanten Defilee in Dübendorf, das durch die Teilnahme von 240 000 Zuschauern eine eindringliche Demonstration der Verbundenheit zwischen Volk und Armee bildete. Die Herbstmanöver des Jahres 1964 werden einen anderen Charakter aufweisen, mit Übungen der Grenzdivision 7 gegen eine Grenzbrigade und der Gebirgsdivision 9 gegen eine Reduitbrigade. Die beiden Manöver werden unseren Landwehrbrigaden erstmals in größerem Rahmen Gelegenheit geben, die Abwehr gegen einen beweglichen Gegner zu üben, der in unser Land, beziehungsweise in unser Reduit eindringen möchte. Leider sind derartige Manöverübungen zum voraus erheblich behindert durch die ungenügenden Bestände unserer Landwehr-Infanterie, die dringend einer Neuorganisation rufen. Wie 1963 werden auch 1964 8 Landwehrbrigaden zum Ergänzungskurs aufgebildet. — Auf Beginn dieses Jahres sind auch die gesetzlichen Bestimmungen über die *Landsturm*kurse in Kraft getreten. Sie ermöglichen es, schon im laufenden Jahr zu den aus Landwehr und Landsturm oder aus allen drei Heeresklassen gemischten Formationen zwei Landsturmjahrgänge für 13 Tage einzuberufen, während reine Landsturmformationen erst vom Jahre 1965 an aufgebildet werden.

Die *Landesausstellung* wird nicht nur Gelegenheit geben, den gegenwärtigen Stand, sondern auch die geplante Weiterentwicklung unserer Landesverteidigung darzustellen. Die Armee wird insbesondere am Tag der Landesverteidigung (11./12. Mai) in Erscheinung treten und am 5. und 9. September Wehrvorführungen in Bière mit Demonstrationen und kombinierten Scharfschießen mechanisierter Verbände durchführen.

Waffen- und Schießplätze

Die starken Rekrutenjahrgänge finden auf vielen Waffenplätzen keine genügende Unterkunft mehr. Dies zwingt zur Unterbringung von Rekruteneinheiten außerhalb der Waffenplätze in behelfsmäßigen Unterkünften der Gemeinden, ein Notbehelf, der für die Ausbildung nachteilig ist und auch für die betroffenen Gemeinden mancherlei Einschränkungen mit sich bringt. Es rächt sich nun, daß die bestehenden Waffenplätze nicht frühzeitig ausgebaut und zusätzliche Waffenplätze errichtet wurden, um für das Einrücken der starken Rekrutenjahrgänge über genügend Raum zu verfügen. Daß es sich dabei nicht nur um Schlafräume und Bettstellen handelt, sondern in ständig zunehmendem Maße auch um genügende Arbeitsräume und Übungsplätze, beweisen vor allem die unhaltbaren Zustände auf dem Waffenplatz Thun, woselbst die Arbeits- und Übungsmöglichkeiten zur übergroßen Zahl voll besetzter Schlafstellen in keinem Verhältnis stehen. Der Autor der Darstellung, auf die hingewiesen wird, verdient für seine sachliche Kritik volle Anerkennung¹. Während die Schaffung des Panzerwaffenplatzes Ajoie planmäßig fortschreitet, stößt die Schaffung eines Pferdezentrum in den Freibergen nicht nur auf den erbitterten Widerstand eines Teiles der Bevölkerung, sondern sie wird auch durch Brandstiftung terroristischer Elemente behindert.

Im Gebiet des Petit Hongrin (VD) entsteht ein Groß-Schießplatz von zentraler Bedeutung für die Truppen der Westschweiz. Rund 1000 Hektaren hat der Bund bereits käuflich erworben und durch den Bau von Panzerpisten erschlossen, so daß bereits im laufenden Jahr Panzer- und Panzerjägerformationen in diesem Gebiet üben können. Für die Ostschweiz wird ein ähnlicher Schießplatz im Alpgelände von Wichlen (GL) errichtet, der 1964 bereits mit Infanteriewaffen benützt werden kann. Kombiniertes Schießen von Panzerformationen und Infanterie sind dagegen erst möglich, wenn die nötigen Zufahrten für die Mechanisierten Truppen erstellt sind.

Die beiden genannten Schießplätze ver-

bessern die prekäre Lage für die Schießplätze unserer Armee nur in ungenügendem Maße. Der Tourismus, die zunehmende Überbauung und die Erschließung bisher abgelegener Alpgebiete schränken die früheren Übungsgebiete der Truppe immer mehr ein. Andererseits stößt die Schaffung neuer Schießplätze in zunehmendem Maße auf den begreiflichen Widerstand der Naturschutzkreise. Angesichts dieser Situation sollte der Vorschlag der Schweizerischen Offiziersgesellschaft wieder aufgegriffen werden, *die Schaffung eines Panzerübungsplatzes im französischen Jura in Aussicht zu nehmen*². Der Unterstabschef Front der Generalstababteilung hat letztes Jahr ausdrücklich festgestellt, daß die Schaffung von Waffenplätzen für unsere Armee im Ausland neutralitätsrechtlich zulässig wäre³. Es sind nicht Bestimmungen des Neutralitätsrechts, sondern lediglich Überlegungen der Neutralitätspolitik, die den Bundesrat bisher leider gehindert haben, auf solche Projekte einzutreten. Die mangelnden Übungsmöglichkeiten für unsere Armee rechtfertigen eine Revision dieser politischen Überlegungen. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß die großen Aufwendungen für die Ausrüstung mit modernem Kriegsmaterial ihren Zweck verfehlen, solange unsere Armee mit dem modernen Material nicht mehr ausreichend geschult werden kann.

Einsatz von Truppen zu zivilen Zwecken

Letztes Jahr war der Einsatz von Truppen für zivile Zwecke ausnahmsweise groß. Der Einsatz von Luftschutztruppen bei einem Großbrand in Altdorf, von Verpflegungsrekruten bei einem Wasseralarm im Wallis oder von Genietruppen beim Einsturz einer Brücke über eine der wichtigsten Bahnlinien gehören in die Kategorie der selbstverständlichen Katastrophenhilfe. Der Einsatz von Sanitäts- und Hygienesdetachementen bei der Typhusepidemie in Zermatt war fragwürdig, gab aber immerhin der Truppe Gelegenheit, wertvolle Erfahrungen zu sammeln. Es handelte sich hier um eine rein zivile Aufgabe, für deren Lösung weder die kantonalen noch die eidgenössischen Gesundheitsbehörden

über die nötigen Mittel verfügen. Der Einsatz militärischer Straßenpolizei am Eidgenössischen Turnfest in Luzern und anlässlich des Automobilsalons in Genf verschaffte diesen Truppen wertvolle Übungsmöglichkeiten. Für das Jubiläum des Internationalen Roten Kreuzes veranstalteten Sanitätstruppen und Rotkreuzformationen interessante Demonstrationen, wobei vor allem der Verwundetentransport in Eis und Fels die Beachtung der ausländischen Gäste fand. In ausgiebigem Maße sind sodann Genietruppen für Bauarbeiten an der Landesausstellung von Lausanne herangezogen worden. Sie haben nicht etwa nur den Pavillon «Wehrhafte Schweiz» erstellt, sondern auch bei Bauarbeiten allgemeiner Art in großem Maße mitgeholfen: bei Pfählungen, Erdbewegungen und bei der Erstellung von Brücken und Stegen. Wenn der Mangel an Arbeitskräften den Einsatz von Genietruppen erheischte, muß doch immer wieder daran erinnert werden, daß unsere Armee andere Verhältnisse aufweist als eine stehende Armee und die kurze Dienstzeit unserer Milizsoldaten voll und ganz der militärischen Ausbildung gewidmet sein muß. Auf Grund der geltenden Vorschriften sollten zivile Arbeiten, abgesehen von der Katastrophenhilfe, nur durchgeführt werden, wenn sie gleichzeitig der militärischen Ausbildung der Truppe nützen⁴.

Miles

¹ «Überlastung des Waffenplatzes Thun», in «Armee-Motor», Heft 11, November 1963, und (auszugsweise) NZZ, 22. 11. 1963, Nr. 4808. ²Vgl. «Der Leidensweg der militärischen Waffen- und Schießplätze», Juni-Nummer 1962, S. 283 ff., und «Der Stand unserer militärischen Landesverteidigung», April-Nr. 1963, S. 77 ff. ³Oberstdivisionär von Courten: «Militärische Konsequenzen der schweizerischen Neutralität», Vortrag vor der Delegiertenversammlung der kantonalbernischen Offiziersgesellschaft vom 30. November 1963 in St-Imier, (auszugsweise) in den Mitteilungen der Offiziersgesellschaft Bern, Nr. 10, Januar 1964. ⁴Vgl. H. R. K.: «Einsatz der Armee zu nichtmilitärischen Aufgaben», NZZ, 19. 1. 1964, Nr. 229.